

11.04.02

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Arbeiten der
Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU im
Jahr 2001**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 201810 - vom 9. April 2002. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in
der Sitzung am 14. März 2002 angenommen.

EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu den Arbeiten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU im Jahr 2001 (2001/2012(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die EntschlieÙungen, die die Paritätische Parlamentarische Versammlung auf ihrer 2. Tagung in Libreville (19. bis 22. März 2001)¹ und auf ihrer 3. Tagung in Brüssel (29. Oktober bis 1. November 2001) angenommen hat,
 - unter Hinweis auf das Partnerschaftsabkommen zwischen den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, das am 23. Juni 2000 in Cotonou unterzeichnet wurde (Abkommen von Cotonou),
 - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit (A5-0050/2002),
- A. mit der erfreuten Feststellung, dass das Abkommen von Cotonou die Perspektive für eine neue Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten eröffnet hat, die sich auf einen vertieften politischen Dialog gründet, um eine echte paritätische und solidarische Partnerschaft zu fördern,
- B. in der Erwägung, dass das Abkommen den Bereich der Zusammenarbeit auf so wichtige Fragen wie Frieden und Sicherheit sowie Prävention, Bewältigung und Lösung von Konflikten, verantwortungsvolles Regieren oder Migrationsfragen, Gleichstellung der Geschlechter oder Umweltschutz ausgeweitet hat, die nunmehr im Rahmen dieses gemeinsamen und ausgewogenen politischen Ansatzes in Angriff genommen werden müssen,
- C. in der Erwägung, dass die Anwendung des Cotonou-Abkommens auch die EU-Delegationen in den AKP-Ländern vor neue, erweiterte Aufgaben stellen wird,
- D. in der Erwägung, dass dem Text des Abkommens eine neue Philosophie zugrunde liegt, die die Zivilgesellschaften und die Gesamtheit der nichtstaatlichen Akteure als nicht umgehbare Akteure der Entwicklung anerkennt und darauf abzielt, sie in die Überlegungen und Entscheidungen einzubeziehen, die die Zusammenarbeit AKP-EU betreffen,
- E. in der Erwägung, dass die in den Erwägungen B und C genannten Prinzipien - insbesondere der guten Regierungsführung und der Anerkennung der Rolle der Zivilgesellschaften - seit der Erlangung der Unabhängigkeit dieser Länder oftmals durch die fortdauernden Einflüsse der früheren Kolonialmächte nicht gefördert oder sogar vereitelt worden sind und wir die Lehren aus dieser Realität ziehen müssen,
- F. in der Erwägung, dass die Rolle der Parlamentarischen Paritätischen Versammlung (PPV)

¹ ABl. C 265 vom 20.9.2001, S. 21.

aufgrund dieser Neuorientierung gestärkt wurde und ihr gemäß Artikel 17 des Abkommens von Cotonou herausragende Zuständigkeiten übertragen wurden, um die demokratischen Prozesse mittels Dialog und Konsultation zu fördern,

- G. in der Erwägung, dass die PPV, um diese neuen Zuständigkeiten gut zu nutzen, im Jahr 2001 einen umfassenden Prozess der Anpassung ihrer Arbeitsmethoden und ihrer Geschäftsordnung begonnen hat,
 - H. in der Erwägung, dass die PPV trotz der unbestreitbaren Fortschritte, die hierbei 2001 erzielt wurden, ihren Wandel zu einer wirklich paritätischen und parlamentarischen Versammlung fortsetzen und intensivieren muss, um den ehrgeizigen Zielen gerecht zu werden, die das Abkommen von Cotonou für sie entworfen hat,
 - I. mit der bedauernden Feststellung, dass der Prozess der Ratifizierung des Abkommens nur schleppend vorankommt, vor allem in den europäischen Staaten, was zu einer Verwässerung seiner starken politischen Aussage zugunsten eines neuen Ansatzes der Nord-Süd-Solidarität führt,
1. bekräftigt erneut seine Überzeugung, dass das Abkommen von Cotonou ein wichtiges Instrument für die Beseitigung der Armut, für nachhaltige Entwicklung sowie für die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft darstellt und das einzige Modell dieser Art für die Verflechtung und ausgewogene Partnerschaft zwischen den Staaten des Nordens und einer sich entwickelnden Welt darstellt;
 2. bedauert, dass die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Abkommen von Cotonou noch nicht ratifiziert haben und fordert sie auf, dies so rasch wie möglich nachzuholen;
 3. begrüßt, dass die politische Dimension in das Zentrum der Partnerschaft gerückt wurde als Ausdruck der Überzeugung, dass Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Rechtsstaatsprinzip und verantwortungsvolles Regieren die grundlegenden Voraussetzungen für Entwicklung darstellen, und begrüßt die Stärkung der Verantwortung der PPV auf diesem Gebiet;
 4. hebt hervor, dass die zentrale Rolle, die der PPV im Hinblick auf die Umsetzung dieser neuen Ansätze übertragen wurde, eine tiefgreifende Revision ihrer Arbeitsweise und ihrer Strukturen erfordert und ermahnt ihre Mitglieder, die notwendigen Reformen durchzuführen, um die ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen, die im Abkommen von Cotonou formuliert sind und es der PPV ermöglichen, ihr Potential im Dienste der Entwicklungszusammenarbeit auch voll zu entfalten; damit diese Reformen zum Tragen kommen, muss die PPV über das Konsultativrecht hinaus mit neuen Befugnissen ausgestattet werden, die es ihr ermöglichen, eine finanzielle und politische Kontrolle bei der Finanzierung der Zusammenarbeit, bei den Verhandlungen und bei der Ratifizierung neuer Verträge auszuüben;
 5. hält die Rückentwicklung des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union in den AKP-Ländern für kontraproduktiv und fordert die Kommission auf, Schließungen von Delegationen zu überdenken, die Personalpolitik den neuen Aufgaben anzupassen, offene Stellen zügig neu zu besetzen und den Informationsaustausch mit der PPV zu gewährleisten, damit die angestrebte Dezentralisierung und Dekonzentration zu ertragreichen Ergebnissen führen kann;

6. bekräftigt erneut den parlamentarischen Charakter der PPV, die jenseits der symbolischen Bedeutung vor allem der konkrete Ausdruck der Bestimmung der PPV ist, die demokratischen Werte als Ausdruck des Volkswillens zu verkörpern, die das Fundament der AKP-EU-Partnerschaft bilden;
7. begrüßt, dass die PPV 2001 ein ehrgeiziges Programm zur Revision ihrer Arbeitsmethoden und ihrer Geschäftsordnung eingeleitet hat;
8. wünscht, dass die begonnenen Überlegungen so rasch wie möglich zu praktischen Reformen führen und bekräftigt sein Vertrauen in die Arbeitsgruppe Geschäftsordnung der PPV, diese Überlegungen zu vertiefen und entsprechende Vorschläge zu formulieren;
9. bekräftigt den Grundsatz, wonach der parlamentarische Charakter der PPV die ausschließliche Vertretung der Staaten durch demokratisch gewählte Abgeordnete voraussetzt und die Stimmen von anderen Mitgliedern deshalb nur als Ausnahme bzw. Zwischenlösung zu akzeptieren sind und daher von der PPV gebilligt werden müssen; hebt hervor, dass die Arbeitsgruppe Geschäftsordnung einen Kompromissentwurf ausgearbeitet hat, der dieser Sorge Rechnung trägt und beharrt darauf, dass er von der PPV bei seiner nächsten Tagung in Südafrika geprüft wird;
10. ist der Auffassung, dass die Umsetzung dieses Prinzips begünstigt werden sollte durch eine Revision der Finanzvorschriften für die Teilnahme der AKP-Abgeordneten an den Tagungen der PPV, um sie mit den neuen Leitlinien des Abkommens von Cotonou in Einklang zu bringen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht der Versammlung, aktiver an der Kontrolle der Verwaltung der EEF-Gelder mitzuwirken, um insbesondere dafür zu sorgen, dass die Auszahlungen wirksam und rasch erfolgen; fordert die Kommission auf, ihr zu diesem Zweck jede erforderliche Hilfe zu gewähren und ihr insbesondere zu erläutern, wie die für die AKP-Abgeordneten vorgesehenen Mittel verwaltet und ausgegeben werden, um ihre Teilnahme zu sichern; ist der Auffassung, dass, auf der Basis einer strengen Analyse der Modalitäten der Finanzierung der PPV-Tagungen, die Schaffung eines spezifischen, ausschließlich diesem Zweck vorbehaltenen, Fonds zur Finanzierung der Teilnahme der parlamentarischen Vertreter/innen an den Tagungen, einen gangbaren Lösungsansatz darstellt;
11. stellt fest, dass der parlamentarische und paritätische Charakter der PPV sowie ihre demokratische Legitimität erst dann uneingeschränkt zur Geltung kommen, wenn das grundlegende Ungleichgewicht zwischen dem europäischen Kontingent, das die politische Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und die Vielfalt seiner politischen Meinungen widerspiegelt, und dem System der AKP-Staaten aufgehoben wird, deren Vertretung nach dem Prinzip „ein Land, eine Stimme“ erfolgt, was in der Praxis die Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Strömungen verhindert; fordert in diesem Zusammenhang umfassende Überlegungen, ohne jede Tabus, um zu einer Neugewichtung der Stimmen zu gelangen, die den Aufbau eines wirklich paritätischen Systems erlaubt und politischen Pluralismus garantiert, sowie ein Nachdenken über eine angemessene materielle Ausstattung;
12. äußert seine Besorgnis über den Beschluss der Kommission, die Zahl ihrer Mitarbeiter in den Vertretungen der Europäischen Union in den AKP-Ländern zu reduzieren und ihre Vertretungen in neun AKP-Ländern endgültig zu schließen;
13. fordert die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel (Geld,

Material und Logistik), um die Konzertierung innerhalb der AKP-Delegierten zwischen den Tagungen zu verbessern und sie enger in die Vorbereitung der Plenartagungen einzubinden;

14. bekräftigt erneut seine Überzeugung, dass die getrennte Abstimmung innerhalb der PPV die Verneinung des paritätischen Charakters der Versammlung darstellt; spricht sich daher für den allmählichen Verzicht auf dieses Verfahren aus und besteht darauf, dass das europäische Kollegium im Rahmen eines expliziten oder stillschweigenden Moratoriums ab sofort auf dieses Verfahren verzichtet;
15. ist der Auffassung, dass der Beschluss der Versammlung, drei ständige parlamentarische Ausschüsse zu bilden, um die Schlüsselfragen in allen die Zusammenarbeit betreffenden Bereichen zu verfolgen (politische Angelegenheiten, Wirtschaftsentwicklung, Finanzen und Handel, soziale Angelegenheiten und Umwelt) und deren Schlussfolgerungen der Versammlung zur Prüfung vorzulegen, ein wesentlicher Schritt auf dem Weg der PPV zu einer wirklich parlamentarischen Versammlung darstellt; beharrt darauf, dass die Zusammensetzung der ständigen parlamentarischen Ausschüsse dem Grundsatz der Parität entsprechen muss und ein geographisches Gleichgewicht sowohl zwischen den ordentlichen als auch zwischen den stellvertretenden Mitgliedern garantiert werden muss; fordert ferner eine proportionale und politisch ausgewogene Vertretung sowohl bei den Mitgliedern als auch bei den Stellvertretern;
16. vertritt die Auffassung, dass die Durchführung von Workshops überdacht werden muss, um sie besser in die Arbeiten der Plenartagungen einzubeziehen; empfiehlt daher, insbesondere bei Tagungen, die in einem AKP-Staat stattfinden, konkreten Themen Vorrang einzuräumen, die im Zusammenhang mit den örtlichen Gegebenheiten stehen und im Rahmen der Arbeit Besuche vor Ort zu ermöglichen, um die Workshops offener für die Zivilgesellschaften zu machen und die gemeinsame Ausarbeitung von praktischen Empfehlungen zu ermöglichen, die der PPV zu unterbreiten sind;
17. ist der Auffassung, dass der einstimmig bekräftigte Wille, Wirkung und Sichtbarkeit der politischen Aussagen der Versammlung zu verbessern, auch eingehenderes Nachdenken über die Struktur und den Ablauf der Tagungen, insbesondere deren Länge erfordert (Sitzungsdauer von vier vollen Tagen, ferner die Struktur der Tagesordnung (ggf. Streichung des Generalberichts), die Reduzierung der Zahl der Redner/innen (die anhand politischer oder geographischer Kriterien von den Fraktionen bzw. der AKP-Seite benannt werden können) und die Konzentration der Aussprachen auf eine kleinere Anzahl von Themen;
18. bekräftigt, dass die Gestaltung der Tagesordnung der Tagungen und die Frage der Zulässigkeit der Themen in die ausschließliche Zuständigkeit des Präsidiums fallen, das allein befugt ist, alle Vorschläge zur Verbesserung des bisherigen Verfahrens zu prüfen; nimmt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der AKP-Staaten zur Kenntnis, einen Filtermechanismus einzuführen, um die Zahl der Entschlüsse zu verringern; schließt sich der Idee an, so rasch wie möglich ein Instrument einzuführen, um die Zahl der während der Tagungen behandelten Entschlüsse zu begrenzen, um das Problem allzu überfrachteter Tagesordnungen zu lösen, betont jedoch, dass das einzuführende Verfahren eine „Dringlichkeitsklausel“ enthalten muss, damit auch heikle Fragen im Bereich der Menschenrechte oder im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen, aufgenommen werden können;
19. weist darauf hin, dass ihm die paritätische Dimension der angesprochenen Themen ein Anliegen ist, und empfiehlt, die Aufgaben vorzuziehen, die sowohl die europäischen als

auch die AKP-Staaten sowie gemeinsam zu lösende Herausforderungen betreffen, und einen positiven Ansatz zu fördern, indem beispielhafte Verfahren und gelungene oder innovative Kooperationsprojekte hervorgehoben werden, um der Kommission die Finanzierung oder Ausweitung dieser Vorhaben nahe zu legen;

20. weist darauf hin, dass das Abkommen von Cotonou durch stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaften und nichtstaatlichen Akteure und durch bessere Nutzung des lokalen Know-hows bei der Konzeption und Durchführung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten einen partizipativen Ansatz fördern will; begrüßt diese Entwicklung, die die Anerkennung der grundlegenden Rolle der Zivilgesellschaften im Hinblick auf eine nachhaltige und gerechte Entwicklung widerspiegelt, und betont die Notwendigkeit, Akteure der Zivilgesellschaft in die PPV einzubeziehen;
21. fordert die zuständigen Instanzen der europäischen und der AKP-Staaten auf, rasch die Modalitäten und Instrumente zu definieren, die es ermöglichen, diese Initiative in die Tat umzusetzen und fordert insbesondere die europäischen und die AKP-Repräsentanten der PPV auf, die Bedingungen und Kriterien festzusetzen, anhand derer den NGO-Netzen während der PPV-Tagungen ein Beobachterstatus gewährt werden könnte, wobei auf die paritätische Vertretung von europäischen und AKP-NGO zu achten ist, und Mechanismen einzurichten, die es ihnen ermöglichen, während der Tagungen der Paritätischen Versammlung angehört zu werden;
22. beharrt außerdem auf der Zweckmäßigkeit, die Sichtbarkeit und Nachvollziehbarkeit der PPV-Tätigkeit gegenüber der öffentlichen Meinung in Europa wie in den AKP-Staaten zu verbessern, indem der innovative Charakter dieses einzigartigen Instruments der Nord-Süd-Zusammenarbeit und -Solidarität gebührend hervorgehoben wird; ist der Auffassung, dass der Vorschlag, die europäische Tagung der PPV in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union abzuhalten, zur Erreichung dieses Ziels beitragen könnte; fordert, dass die für die Veranstaltung der PPV-Tagungen zuständigen Sekretariate zu diesem Zweck ausreichende Mittel zur Verfügung haben;
23. nimmt Fortschritte zur Kenntnis, die von den AKP-Staaten im Jahr 2001 zwecks Festlegung der Regionen erreicht wurden, die den geographischen Rahmen der im Abkommen von Cotonou erwähnten regionalen Treffen bilden sollen; ermutigt die AKP-Staaten, auf diesem Weg fortzufahren und fordert die PPV auf, parallel dazu die Modalitäten für die Durchführung der regionalen Treffen unter Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Strömungen zu präzisieren und dabei auf einen besseren Kontakt zu den bestehenden regionalen Organisationen und den nationalen Parlamenten zu achten;
24. beabsichtigt den Arbeiten der PPV und den damit verbundenen Bemühungen um Entwicklungsfortschritte eine angemessene Aufmerksamkeit zu widmen und mindestens einmal im Jahr eine umfassende Debatte anzuberaumen, die dem Stellenwert der PPV gerecht wird; fordert seine verantwortlichen Gremien auf, in allen mit Außenbeziehungen verbundenen Fragen und Aktivitäten eine adäquate Beteiligung von Mitgliedern des Entwicklungsausschusses und/oder - je nach betroffener Region - der PPV zu garantieren; schlägt vor, dass bei Plenardebatten über Themen der AKP-Zusammenarbeit, insbesondere Aktivitäten der PPV, Repräsentanten der AKP-Seite ebenfalls zu Wort kommen können;
25. hebt hervor, dass das Abkommen von Cotonou der politischen Dimension einen zentralen Stellenwert einräumt und beharrt auf der unabdingbaren Notwendigkeit, den politischen Dialog unter der Ägide der PPV zu stärken, um ihre herausragende Rolle bei der Förderung

der demokratischen Prozesse zu stärken;

26. ist der Meinung, dass die Wahlbeobachtungs- und Erkundungsmissionen sowie die unter der Ägide der PPV auf paritätischer Basis durchgeführten Vermittlungsversuche ein bevorzugtes Instrument für die Erreichung dieses Ziels darstellen, und beharrt darauf, dass die Durchführung dieser Aktionen ohne Abstriche in die Tätigkeit der PPV integriert wird; hält es für wesentlich, dass die Fraktionen der Opposition und die kleinen und mittleren Fraktionen an diesen Missionen sowohl auf AKP- als auch auf EU-Seite in vollem Umfang beteiligt werden;
27. begrüßt nachdrücklich die Tatsache, dass die Versammlung nach einer gemeinsamen Informationsreise in den Sudan eine EntschlieÙung zum Sudan einstimmig verabschieden konnte;
28. ist ferner der Ansicht, dass das Mandat und die Rolle der für die Menschenrechte zuständigen Vizepräsidenten geklärt und verstärkt werden sollten, insbesondere im Hinblick auf ihre Beobachtungs- und Mediationsrolle;
29. ist der Auffassung, dass die Ermutigung und Beschleunigung der demokratischen Prozesse auch konkret mittels einer „Demokratieprämie“ in Form von materieller und finanzieller Hilfe erfolgen könnte, um die Arbeit der demokratischen Parlamente der AKP-Staaten zu verbessern;
30. betont den Umstand, dass die Bekräftigung der politischen Rolle der PPV es ihr erlauben sollte, die gemeinsamen Interessen und die Solidarität der AKP-Staaten und Völker sowie der europäischen Staaten und Völker weltweit geltend zu machen, insbesondere auf der Ebene internationaler Regulierungsgremien wie der WTO, damit die von diesen Gremien ausgehenden Vorschriften zur Liberalisierung des Handels der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sowie den Problemen der AKP-Länder Rechnung tragen;
31. fordert die PPV auf, die konkrete Umsetzung der Bestimmungen hinsichtlich der Planung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen im Rahmen des neuen Abkommens sehr genau zu verfolgen;
32. bekräftigt, dass die Verhandlungen mit AKP-Ländern über eine künftige Handelsregelung, die für Ende 2002 vorgesehen sind und voraussichtlich zu regionalen Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union ab 2008 führen werden, eine grundlegende und weitreichende Änderung der Beziehungen AKP-EU darstellen, und dringt bei der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung darauf, dabei von Anfang an eine aktive Rolle zu übernehmen;
33. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem AKP-EU-Rat, der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, den Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Parlamenten der AKP-Staaten und der Kommission zu übermitteln.